

## Pressemitteilung

Strasbourg / Brüssel, 15. März 2006

### EP unterstreicht Null Toleranz der Zwangsprostitution

Zur heutigen Abstimmung des Europaparlaments zu Zwangsprostitution im Kontext großer Sportveranstaltungen erklärt die Europaabgeordnete und Grünen-Koordinatorin im EP-Frauenausschuss, Hiltrud Breyer MdEP (Bündnis 90/ Die Grünen):

Es ist ein wichtiges Signal, dass das Parlament heute unterstützt hat, dass kein einziger Fall von Zwangsprostitution toleriert werden darf. Die Resolution ist die eindeutige Botschaft an die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten, den Kampf gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel stärker auf die Tagesordnung zu setzen. Der erwartete Anstieg von Frauenhandel und Zwangsprostitution bei der bevorstehenden WM 2006 macht deutlich, dass die EU dieses Verbrechen eindeutiger und umfassender bekämpfen muss.

Viele der Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, sind Opfer des organisierten Verbrechens und waren im Glauben, dass sie in der EU eine legale Arbeit ausüben könnten. Es ist längst überfällig, bei den EU-weiten Maßnahmen gegen Menschenhandel sowohl die Prävention, als auch den Opferschutz in den Vordergrund zu rücken. Dazu braucht es dringend eine Neuausrichtung der Migrationspolitik: Opfer von Menschenhandel brauchen ein gesichertes Bleiberecht. Dies ist essentiell, damit sie sich aus ihrer Zwangslage befreien können.

Um Menschenhandel und Zwangsprostitution zu bekämpfen gilt es, die gezielte Nachfrage nach Zwangsprostituierten zu unterbinden. Die EU-Mitgliedsstaaten sind deshalb aufgefordert, Freier, die wissentlich die Dienste von Zwangsprostituierten in Anspruch nehmen, zu bestrafen. Potenzielle Freier müssen über die gravierenden Folgen von Zwangsprostitution aufgeklärt werden. Die Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten sollten eine Bewusstseinskampagne initiieren, die sich auch an Sportler und Fans richtet. Es braucht gemeinsame Anstrengungen um Frauen, die zur Prostitution gezwungen wurden, die notwendigen Informationen und Unterstützung zu geben.

Für die Diskussionen um Zwangsprostitution bei der WM 2006 gilt: nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Der Kampf gegen das Verbrechen Menschenhandel muss auch über die WM hinaus an vorderste Stelle der politischen Agenda gesetzt werden.